

Leitlinien
Öffentliche Sicherheit
und Ordnung
DIE LINKE. Halle



Präambel

Öffentliche Sicherheit ist der bürgerrechtlich orientierte Gegenbegriff der Fraktion DIE LINKE. zur staatlichen „Inneren Sicherheit“. Seit Jahrzehnten - und ganz besonders verstärkt seit dem 11. September 2001 - muss das Schlagwort „Innere Sicherheit“ erhalten, wenn es um die Einschränkung von Bürgerrechten geht, wenn Eingriffe staatlicher Institutionen in den Persönlichkeitsbereich von Bürgerinnen und Bürgern legitimiert werden und dieser „Inneren Sicherheit“ dient natürlich auch die Erweiterung der Befugnisse von Polizei und Geheimdiensten, von Militär im In- und immer mehr auch im Ausland. Weit im Vorfeld eines konkreten Verdachts werden mit Begriffen wie „Gefährder“ oder „Kontaktpersonen“ Bürgerinnen und Bürger geradezu unter Generalverdacht gestellt. Dass dabei oft Minderheiten und Menschen mit Migrationshintergrund besonders betroffen sind, spätestens seit dem 11.09.2001 sind das besonders Muslime, macht diese Art Sicherheitsvorstellung besonders gefährlich und demokratiefeindlich. Für immer mehr Menschen bedeutet diese Sicherheit wachsende Unsicherheit.

Öffentliche Sicherheit bedeutet dagegen neben dem selbstverständlichen Schutz vor Kriminalität auch den Schutz des Einzelnen und der Öffentlichkeit vor unverhältnismäßigen staatlichen Eingriffen in BürgerInnenrechte, in Verbraucher- und Arbeitnehmerrechte. Dabei erhalten das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, Informations- und Auskunftsrechte eine immer größere Bedeutung bei der Herstellung individueller und öffentlicher, gesellschaftlicher Sicherheit.

Öffentliche Sicherheit bedeutet also, Demokratie und Freiheitsrechte zu stärken statt sie unter bewusster oder unbewusster Ausnutzung der Sorgen und Ängste der Menschen immer weiter einzuschränken. Dies gilt gerade für schwierige Zeiten oder sogar Krisen.

DIE LINKE. fordert deshalb die Rücknahme der im Zeichen der „Inneren Sicherheit“ und des Kriegs gegen den Terrorismus umgesetzten Grundrechtseinschränkungen. Die Fraktion kann sich dabei auf eine ganze Reihe von Urteilen der höchsten deutschen Gerichte stützen, die u.a. die Rasterfahndung eingeschränkt, das Luftsicherheitsgesetz außer Kraft gesetzt und den großen Lauschangriff verkleinert haben. Gerichtsurteile bedeuten noch lange keine Besinnung der Verantwortlichen in Politik und Sicherheitsbehörden: die Große Koalition handelt als würde sie geradezu angespornt, ihren Marsch in einen präventiven Sicherheitsstaat zu beschleunigen. Mit einer langen Liste gravierender sicherheitspolitischer Maßnahmen will sie die Umgestaltung des demokratischen und sozialen Rechtsstaats abschließen, bevor die Wählerinnen und Wähler durch neue Kräfteverhältnisse im Parlament dieses Geschäft erschweren. Anti-Terrordatei, Ausweitung des Paragraphen 129a, Wiedereinführung des Kronzeugen, biometrische Daten in Pässen und bald auch in Ausweisen sind einige Stationen der letzten Monate. Die Trennung zwischen Geheimdiensten und Polizei wurde praktisch aufgehoben, die zwischen Militär und Polizei wird immer mehr als Hindernis betrachtet und zum Abriss freigegeben - es ist eine Frage der

Zeit, bis sie fällt.
Öffentliche Sicherheit bedeutet auch, dass für Menschen unterschiedlichster Herkunft und Kultur ein Gleichheit, gleiche politische und soziale Rechte und gleicher Schutz vor staatlichen Eingriffen angestrebt wird. Neukonzeption einer Integrationspolitik und Förderung und Neuentwicklung antirassistischer und antifaschistischer Initiativen sind für DIE LINKE. unverzichtbare Elemente einer Stärkung der Öffentlichen Sicherheit. Sie gehören zu einer Gesellschaft, in der mit Zivilcourage und Entschlossenheit für Demokratie, Gleichheit und Freiheit eingetreten werden kann.

Öffentliche Sicherheit gegen „Innere Sicherheit“ ist schon lange auch eine europäische Angelegenheit. Im europäischen sogenannten „Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts“ stehen wir vor denselben Grundproblemen, und wir haben es mit einer Regierung zu tun, die machtpolitisch sehr effektiv die europäische Karte spielt. Für DIE LINKE. ist die Stärkung der europäischen Bürger- und Menschenrechtsorganisationen und deren Vernetzung deshalb eine wesentliche Aufgabe.¹

Woher kommt das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger, und wann fühlen sie sich sicher? Sie fühlen sich sicher, wenn sie sich in ihrem Alltag sicher bewegen können, nicht beeinträchtigt werden durch Zukunftsangst, durch Klein- oder Alltagskriminalität. Sie fühlen sich sicher, wenn sie in S-Bahnen und Zügen weder beklaut noch angepöbelt werden. Sicherheit in diesem Sinn kann nicht exklusive Aufgabe der Polizei sein. Im Gegenteil: Die Polizei kann auch Teil der Probleme sein. Öffentliche Sicherheit ist Angelegenheit der Bürgerinnen und Bürger, die auch sicher sein müssen, vor unberechtigten und unangemessenen Eingriffen der Polizei bzw. des Staates zu sein. Eine Politik für öffentliche Sicherheit untersucht konkret, was im Alltag für bestimmte Gruppen - Alte, Junge, Ausländerinnen und Ausländer, Frauen - bedrohlich sein könnte. Sind Tunnel zu dunkel, Geschäftsstraßen zu verlassen, Parkhäuser zu groß und ohne Personal? Bestimmen Neonazi-Gruppen die Atmosphäre im Viertel oder wird der Personennahverkehr zu früh am Abend eingestellt? Videokameras machen Plätze nicht sicherer, sie täuschen Sicherheit vor. Steigt die Kriminalität in bestimmten Stadtteilen tatsächlich oder produzieren nicht vielmehr reißerische Medienberichte ein Bedrohungsgefühl? Warum steigen bestimmte Formen jugendlicher Gewalt und welche Rolle spielen dabei soziale Lage, Situation der Bildungs- und Freizeiteinrichtungen? Öffentliche Sicherheit setzt nicht auf die von der Inneren Sicherheit angebotenen technischen Lösungen wie biometrische Daten, elektronische Einlasskontrollen, flächendeckende Videoüberwachung von Straßen und Plätzen. Die Fraktion DIE LINKE hält Rechtssicherheit, soziale Sicherheit, gleiche politische und soziale Rechte für Menschen unterschiedlichster Herkunft und Kultur für entscheidende Grundlagen der Öffentlichen Sicherheit. Bürgerinnen und Bürger, Behörden, gesellschaftliche Institutionen wie Schulen, Kirchen oder Freizeiteinrichtungen müssen gleichberechtigt prüfen, woher Unsicherheitsgefühle und reale Bedrohungen im Alltag tatsächlich kommen. Dann kann an diesen Ursachen angesetzt werden. Sie können oft auch besser als die Polizei prüfen, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen und können,

¹ <https://www.linksfraktion.de/themen/a-z/detailansicht/oeffentliche-sicherheit/>

um Ursachen von Gewalt und Kriminalität im sogenannten Nahbereich zu begegnen. Demokratische Beteiligung betroffener Bürgerinnen und Bürger an der Lösung von Problemen vor Ort ist ein entscheidendes Mittel zur Herstellung von Öffentlicher Sicherheit. Die Erfahrung, bedrohlich empfundene Zustände positiv beeinflussen zu können, ist eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg des Konzepts.

Im kommunalen Bereich und auf Landesebene z.B. bei Auseinandersetzungen um unsinnige technische Sicherheitsmaßnahmen vor Ort wie Videoaufzeichnungen, private Sicherheitstrupps fordern wir Bürgergremien, die Alternativen wie Beleuchtung, Freizeiteinrichtungen, Nachbarschaftshilfen und kulturelle Angebote diskutieren, vorschlagen und umsetzen können. Straßenführungen, Gestaltung öffentlicher Plätze und öffentlicher Nahverkehr müssen auch mit dem Ziel der Erhöhung des Sicherheitsgefühls geplant werden.

Antifaschistische und antirassistische Initiativen, Anti- Gewalt-Initiativen müssen auf allen Ebenen gestärkt werden.

Resozialisierungskonzepte dürfen nicht aus populistischer Motivation aufgegeben und weiter

durch Konzepte des Wegsperrrens ersetzt werden. Auf Landes- und Bundesebene fordern wir eine grundlegende Wende hin zu einer bürgerrechtsorientierten Sicherheitspolitik in Städten und Gemeinden. Wir fordern auch die finanzielle und personelle Unabhängigkeit von Sicherheitsräten und -partnerschaften.²

DIE LINKE – Fraktion im Bundestag

² <https://www.linksfraktion.de/themen/a-z/detailansicht/sicherheit-oeffentliche.pdf>

Leitlinien
Öffentliche Sicherheit und Ordnung
DIE LINKE. Halle

1 Zur Situation von öffentlicher Sicherheit und Ordnung in Halle

Seit Jahren ist Halle die sachsen-anhaltische Kriminalitätshauptstadt³ und belegte erst im April 2018 Platz 6 der bundesweiten Statistik - gemessen an den Straftaten pro 100.000 Einwohner zählt die Saalestadt zu den unsichersten Städten in Deutschland direkt hinter Leipzig.

Im Jahr 2017 wurden 28.890 Fälle in der Polizeilichen Kriminalstatistik registriert, das sind 317 Fälle (-1,1%) weniger als 2016. Die Aufklärungsquote liegt bei 45,1%. Insgesamt wurden 13.036 Straftaten aufgeklärt. Mit den **13.036** geklärten Straftaten im Jahr 2017 wurden insgesamt 7.908 Tatverdächtige ermittelt, dies sind 992 weniger als im Vorjahr. Unter den Tatverdächtigen waren **1.916** Nichtdeutsche. Dieser Gruppe sind alle Personen zuzuordnen, die nicht im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft sind. Hierzu gehören neben Asylbewerbern, Kriegsflüchtlingen, Duldungsinhabern oder sich hier illegal aufhaltenden Ausländern auch Angehörige aus EU-Mitgliedstaaten, Touristen, Ausländer mit dauerhaftem Bleiberecht (z.B. Angehörige von Spätaussiedlern, Besitzer von Niederlassungserlaubnissen), Arbeitskräfte, Studenten oder Schüler⁴

Insgesamt wurden 4.940 Opfer einer Straftat registriert. Davon waren 3.033 männlich und 1.907 weiblich. 3.740 Opfer sind Erwachsene, 377 Heranwachsende, 430 Jugendliche und 393 Kinder.

Bei der Gewaltkriminalität ist im Vergleich zu 2016 eine Zunahme um 18,6% zu verzeichnen. 2017 wurden insgesamt 1.085 Fälle registriert und somit **170 mehr** als im Jahr 2016. Die Aufklärungsquote beträgt 65% (2016 = 67,8%). Die Gewaltkriminalität umfasst u.a. gefährliche und schwere Körperverletzungen, Raubstraftaten oder Vergewaltigungen.

Die einschlägigen offiziellen Statistiken belegen in den Jahren 2015 – 2017 einen steten Anstieg von Kriminalitätsdelikten, Halle liegt mit rund 12.770 Straftaten auf dem sechsten Platz, Magdeburg liegt mit rund 11.400 Verbrechen pro 100.000 Einwohner erst auf Platz 14 der Tabelle. Hingegen ist die Aufklärungsrate von Straftaten im Vergleich zu den anderen Großstädten in Sachsen-Anhalt wesentlich geringer.

In Sachsen-Anhalt ergibt sich ein anderes Ranking: Wer sich die Verteilung genauer anschaut, stellt eine Konzentration der gefährlichen Orte⁵ auf Halle (5) und Magdeburg (4)

³ <https://www.mz-web.de/halle-saale/platz-6-bei-kriminalitaet-in-deutschland-wie-gefaehrlich-ist-halle-wirklich--30071092>

⁴ <https://www.hallelife.de/nachrichten/polizei-feuerwehr/details/kriminalstatistik-des-polizeireviers-halle-saale-fuer-das-jahr-2017.html>

⁵ Ein **gefährlicher Ort** ist nach der **Definition** der Landesregierung ein **Ort**, an dem "aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte erfahrungsgemäß anzunehmen ist, dass dort Personen Straftaten verabreden, vorbereiten oder verüben oder sich Straftäter verbergen" <https://www.mdr.de/sachsen-anhalt/gefaehrliche-orte-definition-100.html>

fest. Mehrere gefährliche Orte gibt es daneben nur noch in Bernburg (3) und Burg (2). Nicht immer sind es Gewaltdelikte, die zur Einstufung als gefährlicher Ort führen⁶.

Es ist daher nicht verwunderlich, wenn in repräsentativen Bürgerumfragen das Bedürfnis der Einwohner*innen von Halle nach öffentlicher Sicherheit - neben der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen - an zweiter Stelle⁷ rangiert. Obwohl Kriminalität alle Generationen betrifft und inzwischen wegen des demografischen Wandels auch stärker bei Älteren auftritt, ist sie jedoch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen überdurchschnittlich.

Für uns ist es zudem gerade in einer Stadt reicher Traditionen und Weltoffenheit erschreckend, dass auffällig viele Straftaten gegen Asylsuchende und Kriegsflüchtlinge begangen werden. Doch auch wenn landesweit die Zahl der fremdenfeindlichen Delikte statistisch ebenfalls leicht rückläufig war, blieben Straftaten mit rechts motiviertem und rassistischem Hintergrund das mit Abstand häufigste Vergehen in Sachsen-Anhalt. Mit 328 Fällen ist die Zahl der fremdenfeindlichen Straftaten im Vergleich zu 2016 (446 Fälle) ebenfalls spürbar gesunken, dennoch ist sie immer noch deutlich höher als vor Beginn der "Flüchtlingskrise" im Jahr 2015. Positiv ist dagegen die Entwicklung der Gewaltkriminalität und der Straftaten gegen Asylunterkünfte – beide Fallzahlen sind hier rückläufig. Während Halle, Magdeburg und der Landkreis Stendal besonders häufig mit solchen Straftaten konfrontiert sind, gibt es im Harz und Salzlandkreis vergleichsweise wenige Fälle⁸.

Dass diese Faktoren zu einer mäßigen Einschränkung der Lebensqualität der in Halle Lebenden beitragen, liegt auf der Hand. Neben der Landespolitik ist daher auch die Kommunalpolitik gefordert, die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen und vor allem tragfähige Handlungsalternativen zu entwickeln. Nach jahrelangem Personalabbau will die schwarz-rot-grüne Koalition die Polizei wieder aufstocken. Bereits in 2016 wurden mehr Anwärter eingestellt, als in den drei Jahren zuvor. Im Jahr 2017 wurde die Anwärterzahl auf 700 verdoppelt.

Obwohl die Lage oft durch einseitige und tendenziöse Berichterstattung zusätzlich dramatisiert und von konservativen politischen Kreisen für ihre Zwecke missbraucht wird, bleibt sie dennoch besorgniserregend. Wir dürfen dieses so sensible Politikfeld, das die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt bewegt, nicht der CDU überlassen, deren Rezepte sich gerade in Halle als völlig untauglich erwiesen haben. Wer, wie die Konservativen meinen, wachsender Kriminalität in erster Linie durch Verschärfung der Gesetze und durch rigoroseres Handeln von Polizei und Justiz eindämmen will, wird vielleicht sogar bei Teilen der Bevölkerung scheinbar den Eindruck eines größeren Sicherheitsgefühls hinterlassen, aber nie und nimmer zu den Wurzeln zunehmender Kriminalität vordringen oder sie sogar beseitigen. Für DIE LINKE enden solche Beschränkungen immer dort, wo es zu Eingriffen in Grund- und Persönlichkeitsrechte, einhergehend mit einem gleichzeitigen Demokratieabbau kommt.

⁶ <https://www.mdr.de/sachsen-anhalt/landespolitik/gefaehrliche-orte-in-sachsen-anhalt-100.html>

⁷ https://m.halle.de/VeroeffentlichungenBinaries/593/699/bu_2012.pdf

⁸ <https://www.mdr.de/sachsen-anhalt/politisch-motivierte-kriminalitaet-100.html>

Für DIE LINKE steht Prävention eindeutig im Zentrum ihrer Sicherheits- und Ordnungspolitik. Prävention meint für uns nicht die Vorverlagerung staatlicher Eingriffsbefugnisse, z. B. durch Videoüberwachung oder verdachtsunabhängige Kontrollen, sondern einen Beitrag zum Abbau von Unsicherheit und zu mehr sozialer Teilhabe. Auch wir sind für eine angemessene Präsenz von Polizei und Ordnungskräften vor Ort. Deshalb haben wir uns sowohl im Landtag von Sachsen-Anhalt als auch im Stadtrat von Halle stets gegen einen Abbau von bürgernahem Sicherheitspersonal ausgesprochen und werden dies auch künftig mit aller Konsequenz tun. Sicherheitspolitik bedarf zudem auf allen Ebenen einer breiten gesellschaftlichen und vor allem öffentlichen Mitwirkung und Kontrolle.

Die Berufsfeuerwehr⁹ mit den beiden Standorten **Hauptwache** und **Südwache** und die **Freiwilligen Feuerwehren** (Ammendorf, Büschdorf, Diemitz, Dörlau, Kanena, Lettin, Neustadt, Nietleben, Passendorf, Reideburg, Tornau und Trotha) in Halle sind das Rückgrat des flächendeckenden Brand- und Katastrophenschutzes und verdienen große Anerkennung für ihren Einsatz. Sie dienen dem Schutz der Bürger*innen und stellen eine wichtige soziale Konstitution in Halle dar.

In der Saalestadt ist auch das **Technische Hilfswerk**¹⁰ mit dem Ortsverband Halle (Saale) angesiedelt und Halle ist einer von 668 Standorten der Katastrophen- und Zivilschutzorganisation der Bundesrepublik Deutschland. Die Kamerad*innen im technischen Hilfswerk sind ehrenamtlich tätig, es handelt sich um keine berufliche Tätigkeit. Ausbildungen, technische Dienste und sonstige Tätigkeiten finden in der Freizeit statt.

Seit 1969 existiert in Halle mit dem **DRK Wasserrettungsdienst**¹¹ Halle/Saale e. V. eine aktive Wasserrettung. Im Zuge des Beitritts zum Stadtsportbund der Stadt Halle im Oktober 2001 wurde der Verein in "DRK - Ortsverein Wasserrettungsdienst Halle / Saale e.V." umbenannt. Der Ortsverein engagiert sich vor allem im Bereich der Bevölkerungsbildung wie Kinderschwimmen, Rettungsschwimmen und in der Ersten Hilfe.

Auch der **ASB Regionalverband Halle/Bitterfeld**¹² unterstützt alle Bürger*innen, ohne Ansehen der politischen, ethnischen, nationalen oder religiösen Zugehörigkeit. Er verfolgt selbstlos, ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke.

Daneben ist auch der Landesverband der **Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft** Sachsen-Anhalt e.V. Halle-Saalekreis e.V.¹³ mit den beiden **Stützpunkten** in Halle-Trotha und Salzmünde aktiv. Der DLRG Halle-Saalekreis e.V. verfügt daneben über eine eigene **Rettungshundestaffel**¹⁴.

⁹ <http://www.feuerwehr-halle.de/>

¹⁰ <https://www.thw-halle.de/>

¹¹ <http://www.kv-halle-sk-ml.drk.de/>

¹² <http://www.asb-halle-bitterfeld.de/de>

¹³ <https://halle-saalekreis.dlrg.de/>

¹⁴ <https://halle-saalekreis.dlrg.de/hundestaffel.html>

1.1. Bürgernahe Justiz und Sozialer Dienst

In Halle befindet sich in der Thüringer Straße das größte Justizzentrum im südlichen Sachsen-Anhalt. Das **Justizzentrum Halle** ist ein herausragendes Beispiel für eine moderne und effektive Justiz, das im Oktober 1998 feierlich eröffnet wurde. Unter einem Dach und technisch hochmodern ausgestattet befinden sich dort das Amtsgericht Halle (Saale), das Landessozialgericht, das Sozialgericht, das Landesarbeitsgericht, das Arbeitsgericht, das Verwaltungsgericht sowie die Staatsanwaltschaft mit einer zeitgemäßen Organisation. Darüber hinaus befindet sich am Hansering das historische **Landgericht Halle** inmitten der Altstadt. Die Stadt verfügt zudem über eine **Justizvollzugsanstalt Halle** (Am Kirchtor) und eine Nebenstelle (Wilhelm-Busch-Straße).

Auch der **Soziale Dienst der Justiz** (Bewährungshilfe und Opferberatungsstelle) ist in der Stadt (Willi-Brundert-Straße) vertreten. Der Soziale Dienst ist in vielfältige Kooperationsstrukturen eingebunden und pflegt einen kontinuierlichen Informations- und Fachaustausch mit staatlichen Einrichtungen und freien Trägern, die direkt oder indirekt an der Arbeit mit den Probanden beteiligt sind. Mit Staatsanwaltschaften, Polizei, Gerichten, Justiz- und Maßregelvollzug wird eng zusammengearbeitet.

Wir sehen die Justiz und den Strafvollzug als weitere tragende Säulen zur Gewährleistung öffentlicher und persönlicher Sicherheit an. Nach wie vor setzen wir uns für eine liberale Funktion des Strafrechts und die Rehabilitationsfunktion des Strafvollzugs ein. Wir sehen weiterhin Justiz und Strafvollzug nur als „ultima ratio“ der Kriminalpolitik.

Im Bereich der Justiz betonen wir die hierfür notwendige bürgernahe Justiz. Insofern ist es wichtig, die Zugänge zur Justiz unkompliziert und einfach zu gestalten. Effektive Strafverfolgung kann nur gelingen, wenn Menschen bereit sind, als Zeugen vor Gericht auszusagen. Zeitnahe Terminierungen und kurze Anfahrtswege zu den Gerichten sind hier erforderlich. Zu hohe Hürden wirken abschreckend und verleiten die Menschen im Zweifel, „nichts gesehen“ zu haben. Auch Entschädigungen für Verdienstausfälle und Fahrtkosten ändern hieran nichts.

Gleiches trifft auf Schöffen und Schiedsleute zu. Wir vertreten die Auffassung, dass ehrenamtliches Engagement auch in der Justiz wichtig ist. Richter und Richterinnen im Ehrenamt tragen zu Transparenz und Volksnähe der Justiz bei. Das Ehrenamt muss ausgebaut und nicht erschwert werden. Die Stadt Halle unterhält zurzeit drei **Schiedsstellen**, bei denen insgesamt 7 Schiedspersonen tätig sind¹⁵. Eine Liste der zusätzlich tätigen Anwälte wird auf der Internetseite des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung jährlich aktuell veröffentlicht. Diese Liste umfasst derzeit für die Stadt Halle (Saale) insgesamt 8 Anwälte.

Nicht vergessen werden sollte auch die Wichtigkeit eines subjektiven Sicherheitsempfindens. Gerichte oder andere Einrichtungen der Justiz vor Ort geben den Menschen ein Gefühl von

¹⁵ vgl. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Tätigkeit der Schiedsstellen Vorlagen Nummer: VI/2017/02858

Sicherheit. Wir setzen uns dafür ein, diese Einrichtungen vor Ort zu erhalten. Die Menschen müssen sich auch mit rechtlichen Problemen und Sorgen ernstgenommen fühlen. Dies ist für die persönliche Sicherheit jedes Einzelnen enorm wichtig.

Um rechtsstaatlichen Ansprüchen gerecht zu werden, müssen Gerichte und Staatsanwaltschaften in der Lage sein, die an sie gestellten Aufgaben zügig und möglichst fehlerfrei abzuarbeiten. Zu lange Verfahrenszeiten sind hier insbesondere im Sozialrecht noch immer ein Problem. Der Verweis auf einen im europäischen Maßstab noch relativ guten Stand kann dieses Problem nicht verdecken.

2 Ursachen der Kriminalität

Die Bekämpfung der Kriminalität muss bei ihren Ursachen beginnen. Prävention ist die beste Sicherheitsvorsorge. Zu einer freiheitlichen Gesellschaft gehört es, dass Menschen gegenseitig Rücksicht nehmen und bereit sind, Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen. Eine Kultur des Hinschauens und der guten Nachbarschaft stärkt die Gemeinschaft und macht unser Land lebenswerter. Strafrechtliche Sanktionen allein sind nicht geeignet, gesellschaftlichen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken.

Bei der Wertung der sicherheitspolitischen Situation in Halle und den notwendigen Schlussfolgerungen ist zu berücksichtigen, dass sich die realen und gesellschaftlichen Ursachen für Kriminalität kaum von denen anderer Städte wie Magdeburg oder Dessau-Roßlau unterscheiden. Auch die Kriminalitätslagebilder differieren nur gering. Das ergibt sich aus den im Wesentlichen gleichen oder zumindest ähnlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die wesentlich durch die von den bisherigen CDU-geführten Landesregierungen zu verantworten sind. Allerdings gibt es zwischen den genannten Städten erhebliche Unterschiede in der ökonomischen und sozialen Lage. So hat sich Halle den traurigen Ruf als sachsen-anhaltische, ja als deutsche Armutshauptstadt erworben. Das spiegelt sich u. a. in Folgendem wider:

- Die Armutsquote in Halle liegt bei 21,3 Prozent der Bevölkerung. Bundesweit sind es 14,5 Prozent und damit rund 12 Millionen Menschen. Halle landet damit auf dem 78. Platz von 82 im Ranking aufgeführten Regionen (Stand: Juli 2018)¹⁶.
- Weit über dem Durchschnitt ist in Halle die Armutsquote bei Kindern. Danach lebten 2015 in Halle rund 11.570 Kinder (33,4 Prozent) in Familien, die Hartz IV bezogen. Auf ein Kinder- und Jugendzentrum mit kostenlosen Freizeitangeboten kamen 723 Kinder aus solchen Verhältnissen. Im Durchschnitt der drei Länder mussten sich nur 206 Kinder eine derartige Einrichtung teilen (Stand: Juli 2018)¹⁷.

¹⁶ <https://www.hallelife.de/nachrichten/aktuelles/details/Fast-jeder-vierte-Hallenser-armutsgefaehrdet.html>

¹⁷ <https://www.mz-web.de/halle-saale/trauriger-spitzenreiter-stadt-halle-hat-die-meisten-armen-kinder-28211580>

- Halle hat nach Mansfeld-Südharz, Stendal und dem Salzlandkreis den fünft höchsten Stand an Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt und einen hohen Sockel von Langzeitarbeitslosen, der sich z. T. bereits auf die nächste Generation vererbt hat. Somit verzeichnet die aktuelle Statistik (Stand: Juli 2018) insgesamt 10.362 Arbeitslose (SGB II und SGB III) mit einer Quote von 8,8% und liegt damit knapp hinter der Landeshauptstadt Magdeburg mit 10.729 Arbeitslosen (Quote 8,6%).¹⁸
- Der Anteil derer, die in Halle ohne Abschluss die Schule verlassen, beträgt ca. 12,5 Prozent und markiert damit den negativsten Wert in Sachsen-Anhalt.¹⁹
- Die mit der prekären Haushaltslage begründete Schließung von Kultur- und Freizeitstätten sowie die Umsetzung fraglicher Konzepte in der Jugendhilfe erwiesen sich als Irrweg mit bereits jetzt sichtbaren Folgeschäden.

3 Grundsätze linker Sicherheits- und Ordnungspolitik

DIE LINKE geht nicht davon aus, dass Arbeitslosigkeit und Armut die Betroffenen zwangsläufig in die Kriminalität führen. Aber erwiesen ist vom Grundsatz her: Prekäre soziale Verhältnisse und insbesondere ungerechte Verteilungsstrukturen sind letztlich ein Nährboden für Kriminalität. Dieses Bedingungsgefüge kann allein im Rahmen einer Kommune nicht radikal aufgebrochen werden, zumal vor allem die wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen vom Land und noch mehr vom Bund gesetzt werden. Selbstverständlich lässt sich ein armutsfester Mindestlohn allein in Halle nicht verordnen oder Hartz IV allein in einer Kommune abschaffen. Aber eine Bindung der Vergabe städtischer Aufträge an die Zahlung existenzsichernder Löhne ist möglich, wird aber bislang zu wenig praktiziert; und die Saalestadt müsste auch nicht unter den Spitzenreitern bei der Verhängung von Sanktionen durch das Jobcenter Halle sein, zumal damit der Verfassungsgrundsatz der Existenzsicherung verletzt wird.

Der Kriminalität muss in erster Linie, vor allem durch die Veränderung sozialer Rahmenbedingungen, entgegengewirkt werden. Zunächst bedeutet das allerdings, die Bürger*innen über die wirklichen Ursachen wachsender Kriminalität zu informieren. Mit diesem Ansatz unterscheiden wir uns grundsätzlich von den konservativen Kräften, die die Hauptursachen für Kriminalität nicht aus den objektiven gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ableiten, sondern auf subjektives Versagen Einzelner oder bestenfalls bestimmter gesellschaftlicher Gruppen zurückführen. Aus dieser völlig anderen Sicherheitsphilosophie stoßen sie dann freilich nicht zur Erkenntnis vor, dass ein Durchbruch beim Kriminalitätsabbau letztlich die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zur Voraussetzung hat. Stattdessen solle vor allem ein „härteres Durchgreifen“ zu mehr Sicherheit führen.

¹⁸ <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur/Sachsen-Anhalt-Nav.html>

¹⁹ <https://www.statistik.sachsen-anhalt.de/apps/StrukturKompass/indikator/zeitreihe/1>

Konservative beklagen im Zusammenhang mit Ordnung und Sicherheit zudem einen Werteverfall in unserer Gesellschaft. Sie gehen dabei natürlich von ihren Wertvorstellungen aus, die allerdings mit den gewordenen Realitäten meist recht wenig zu tun haben. Wer etwa an einem gegliederten Schulsystem, welches frühzeitig aussortiert, festhält, wird kaum tragfähige Lösungen für die Probleme von heute und morgen anbieten können.

Dennoch kommt auch DIE LINKE nicht an der Tatsache eines Werteverfalls vorbei, wenngleich sich unsere Wertevorstellungen gravierend von denen der CDU und AfD unterscheiden.

Wir setzen uns dafür ein,

- dass zwischenmenschliche Beziehungen nicht weiter von einer „MachtGeld-Politik“ verdrängt werden,
- dass notwendige Solidarität nicht durch rücksichtslosen Egoismus ersetzt wird,
- dass wir uns mehr an Menschen aus den verschiedenen Lebensbereichen, die sich durch eine humanistische Grundeinstellung auszeichnen, orientieren sollten,
- dass Achtung vor dem Leben und der Würde des Anderen oberstes Gebot ist;
- dass jegliche Formen von Gewaltlosigkeit bei Konfliktlösungen zu unterstützen sind,
- dass unsere sensible Zuwendung vor allem Kindern, älteren und Menschen mit Beeinträchtigungen und Personen mit Migrationshintergrund gelten muss und
- dass der Schutz des persönlichen Eigentums garantiert bleibt.

Bürgernahe Polizei- und Ordnungskräfte betrachten wir als einen wichtigen Garant dafür, dass sich Menschen in unserer Stadt wohlfühlen können. Die Polizei kann jedoch das, was an sozialen Konflikten existiert, nicht im Nachhinein auflösen. Ebenso wenig kann sie Fehlentwicklungen in Bildung und Erziehung beheben. Deshalb darf Politik Polizei- und Ordnungskräfte nicht in die Rolle einer Reparaturkolonne für eigenes Versagen drängen.

Polizei- und Ordnungskräfte stehen aus unserer Sicht nicht außerhalb unserer Stadtgesellschaft. Sie sollten sich vor allem den Bürger*innen verpflichtet sehen und sich nicht politisch instrumentalisieren lassen. Wir unterstützen deren Tätigkeit, soweit es um die Gewährleistung persönlicher und kommunaler Sicherheit, um die Vorbeugung und Aufklärung von Straftaten sowie die Verfolgung von Straftäter*innen geht. Wir lehnen polizeiliches Handeln dann ab, sobald dieses auf die „Lösung“ sozialer oder politischer Probleme zielt.

Vom Land Sachsen-Anhalt erwarten wir, wesentlich aktiver für die Sicherheit seiner Bürger*innen zu sorgen. Das ist unabwendbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge. Stattdessen zieht sich die amtierende Landesregierung immer mehr aus dieser, ihrer Verantwortung zurück, indem jahrelang Personal abgebaut und auch in Halle das Netz von Polizeistützpunkten immer mehr ausgedünnt wurde. Es bleibt aus unserer Sicht dabei: Polizeiliche hoheitliche Aufgaben im Rahmen der Gewährleistung von öffentlicher Ordnung und Sicherheit in der Kommune sowie bei der Verbrechensaufklärung und der

Kriminalitätskontrolle dürfen nicht auf private Sicherheitsdienste übertragen werden. Persönliche Sicherheit darf nicht weiter zur Ware und zur Zweiklassengesellschaft verkommen, die sich nur jene leisten können, die über entsprechende Einkommen verfügen.

Gleichzeitig beobachten wir mit Besorgnis, dass sicherheitspolitische Interessen immer stärker Einfluss in zahlreichen zivilgesellschaftlichen Bereichen gewinnen. Dies betrifft Kooperationen zwischen wissenschaftlichen Institutionen und Militär oder Polizei, den Versuch der Etablierung des Verfassungsschutzes als Bildungsträger, aber auch die schleichende Normalisierung von Videoüberwachung des öffentlichen Raumes oder von Verkehrsmitteln. Auch die Extremismusklausel (Demokratieerklärung) „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“, „Initiative Demokratie Stärken“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ die zivilgesellschaftliche Träger seit 2011 unterzeichnen müssen, wenn sie öffentliche Fördermittel beziehen wollen, ist ein staatliches Instrument, um Demokratie autoritär einzuhegen und kontrollierbar zu machen.

DIE LINKE setzt diesen Tendenzen den Anspruch auf eine lebendige, freiheitliche Demokratie entgegen, in der Konflikte ausgehandelt, statt „autoritär“ gelöst werden. DIE LINKE spricht sich gegen die Einflussnahme von Sicherheitsbehörden auf Zivilgesellschaft, Bildungswesen und Wissenschaft aus. Menschenverachtende Einstellungen ziehen sich auch in Halle quer durch alle Bevölkerungsschichten und haben negative Auswirkungen auf die Sicherheit von Menschen, bis hin zur Bedrohung ihrer körperlichen Unversehrtheit.

Rechtsmotivierte und rassistische Gewalt beginnt nicht erst bei tätlichen Angriffen. Schon Diskriminierung und Alltagsrassismus schränken das Leben der Betroffenen erheblich ein.

DIE LINKE appelliert an alle Bürger*innen von Halle, selbst Courage zu zeigen und sich vor allem für Hilfebedürftige einzusetzen. Deshalb treten wir gegen jegliche Formen des Neofaschismus, Rassismus, Sozialdarwinismus und Homophobie auf. Menschen, die wegen ihrer Herkunft oder ihrer Behinderung diskriminiert werden, erfahren unsere tätige Solidarität. Jegliche individuelle Gewalt oder Selbstjustiz, aber auch den Missbrauch staatlicher Gewalt, lehnen wir ab.

4 Kommunalpolitische Lösungsvorschläge

4.1 Prävention durch Schaffung besserer sozialer und kultureller Bedingungen

Für DIE LINKE verstehen sich Sicherheit und Ordnung nicht als Fachressort, das losgelöst von anderen Bereichen der Stadtgesellschaft betrachtet werden könnte.

Wir setzen uns ein für:

- die Verbesserung der Wohnsituation für Jugendliche und junge Familien und unterstützen dabei auch ausdrücklich alternative Wohnformen;
- die Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur in bislang benachteiligten Stadtteilen;

- die stärkere Förderung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen in Schule und Ausbildung;
- ein größeres Gewicht des Erziehungsauftrages gemäß Art. 7 Grundgesetz an Schulen^{20 21};
- den Erhalt und die Neueinrichtung sowie die personelle Absicherung von Freizeit- und Begegnungsstätten;
- die Unterstützung von Vereinen und Verbänden, insbesondere jenen, die in der Selbsthilfe- und Opferberatung tätig sind.

4.2 Prävention durch Berücksichtigung in der Stadtplanung und bei Bauvorhaben

Bislang wurden bei Stadtplanung und Bau Aspekte von Ordnung und Sicherheit viel zu wenig beachtet. Das muss sich ändern.

Wir setzen uns ein für:

- den Verzicht auf Monofunktionalität, um durch das Vorhandensein von Wohnungen, Läden und anderen Gewerbeeinrichtungen die Anwesenheit von Menschen zu unterschiedlichen Tageszeiten zu gewährleisten;
- die Vermeidung von funktionslosen städtischen Räumen durch Belebung von Plätzen und verwahrlosten Brachflächen;
- den Verzicht auf verdeckte Zugänge, tote Winkel und Durchgänge, um die Einsehbarkeit zu sichern;
- die Neueinrichtung von Freizeit- und Begegnungsstätten für Jugendliche
- einen Verzicht von Videoüberwachung im öffentlichen Raum;
- mehr öffentliche Toiletten durch Teilnahme an „Nette Toilette“ erhöhen
- die ausreichende Beleuchtung von Straßen und Haltestellen;
- die Ausdehnung des Winterdienstes auf Nebenstraßen;
- eine bessere Koordination und Sicherung von Baustellen;
- die Gestaltung von Eingangszonen, Grünanlagen und Grillplätzen in Wohngebieten und mehr Hundewiesen;
- eine Erhöhung der Frequenz der Müllentsorgung und einer Nachbesserung des Vertrages mit HWS (Papierkörbe, Hundetoiletten, Müllentsorgung im öffentlichen Raum einschließlich Grillplätze)

²⁰ <https://www.linksfraktion.de/themen/a-z/detailansicht/gemeinschaftsschule/>

²¹ <https://www.linksfraktion.de/themen/a-z/detailansicht/chancengleichheit-im-schulsystem/>

- die Unterstützung des neuen DRK-Wasserrettungszentrums am Hufeisensee
- die Unterstützung des Baus der DLRG-Wasserrettungsstation am Holzplatz

4.3 Polizei, Justiz und Katastrophenschutz

Neben effizienten Ordnungskräften und einer funktionierenden Polizei (vgl. dazu Anfrage Fraktion die LINKE im Landtag zur „Die Polizei in Sachsen-Anhalt – Für die nächsten Jahre ihren Aufgaben gewachsen?“ vom 04.07.2017²²), braucht auch die Kommunalpolitik eine gut ausgestattete und starke Justiz (vgl. dazu Anfrage Fraktion die LINKE im Landtag zur „Personalstrategie in der Justiz - Die Dritte Gewalt im Land Sachsen-Anhalt auf tragfähige Füße stellen“ vom 10.11.2016²³). Denn für einen effektiven und zeitnahen Rechtsschutz müssen den Gerichten die erforderlichen personellen und sachlichen Ressourcen zur Verfügung stehen. Wir stehen für eine soziale Kommunalpolitik, die den Menschen in Halle dient und ihre Bürgerrechte schützt.

Wir setzen uns auf kommunaler- und Landesebene ein für:

- die Schaffung weiterer Stellen von Polizist*innen unter Beachtung von Stadtteilen mit Kriminalitätsschwerpunkten;
- Regionalbereichsbeamte, die in ihrem Gebiet eng verwurzelt sind, u. a. durch enge Zusammenarbeit mit allen öffentlichen Einrichtungen
- Veröffentlichung der Verhaltensregeln und Gefahrenabwehrverordnung u. ä. an entsprechenden Einrichtungen in mehreren Sprachen
- die Erhöhung der Zahl der Polizeistreifenfahrten und Fußstreifen;
- den Erhalt einer bürgerfreundlichen Justiz mit wohnortnahen Zugang der Bürger*innen zu den Gerichten;
- den Erhalt von kriminalpolizeilichen Beratungsstellen mit verhaltensorientierten und sicherheitstechnischen Angeboten und Wiedereinführung des Polizeibeirates;
- für den Erhalt und die Unterstützung des HFC-Fan-Projektes²⁴
- die Träger des Brandschutzes werden in den kommenden Jahren bei der Beschaffung von Fahrzeugen und Ausrüstung sowie bei der Ertüchtigung von Standorten unterstützt und
- die Modernisierung, der Erhalt und die Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehren (vgl. dazu Anfrage Fraktion die LINKE im Landtag zur „Situation der Feuerwehren in Sachsen-Anhalt“ vom 25.04.2018²⁵) und des Wasserrettungsdienstes und des THW;

²² <https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp7/drs/d1628lag.pdf>

²³ <https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp7/drs/d0538dan.pdf>

²⁴ <http://www.hallescherfc.de/der-club/fans-und-fanszene/artikel/datum////fanprojekt-halle-auszeichnung-mit-dem-qualitaetssiegel-der-kos/>

- die kostenfreie Ausstattung der Kinder- und Jugendwehren.

4.4 Aktive Einbeziehung der Bürger*innen von Halle

Wenn die Bürger*innen der Saalestadt das Bedürfnis nach mehr persönlicher und öffentlicher Sicherheit besonders hoch ansiedeln, dann muss darauf auch mit ihrer umfassenderen Einbeziehung in entsprechende Entscheidungsprozesse reagiert werden.

Wir setzen uns ein für:

- wesentlich mehr öffentliche Veranstaltungen und Debatten, wo Sicherheitsprobleme nicht nur angesprochen, sondern auch Lösungsvorschläge der Bürger*innen ernst genommen werden;
- die Einbeziehung von mehr Vertreter*innen aus solchen Institutionen wie Stadteltern- und Schülerrat, Obdachloseninitiativen, freie Träger aus dem Sozial- und Jugendbereich in die Tätigkeit des Präventionsrates;
- für mehr Streetworker/Sozialarbeiter*innen vor Ort
- die Aufwertung der existierenden Schiedsstellen, damit sie noch mehr zur Entlastung von Polizei und Justiz beitragen können
- Beibehaltung des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration“
- Unterstützung von Projekten zur Bekämpfung häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinder.

4.5 Erhöhung der persönlichen Sicherheit im Straßenverkehr

Der Straßenverkehr hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen, ohne dass unsere Stadt darauf ausreichend vorbereitet gewesen wäre. Bei allen entsprechenden Problemlagen muss es uns gelingen, die unterschiedlichen Interessen wenigstens einigermaßen in Einklang zu bringen.

Wir setzen uns ein für:

- verstärkte Verkehrskontrollen, um Rowdytum, Raserei, Verantwortungslosigkeit und Fahren unter Alkohol und anderen Drogen zurückzudrängen;
- die konsequente Ahndung von Fahrzeugführer*innen, die Blindenleitstreifen, Bordsteinabsenkungen und Radwege zuparken;
- die Förderung des Fahrradverkehrs durch den weiteren Ausbau des Wegenetzes, um den Fahrradverkehr auf Fußwegen weitgehend auszuschließen und
- den Schutz von Fußgänger*innen, insbesondere von Kindern sowie älteren und Menschen mit Beeinträchtigungen.

²⁵ <https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp7/drs/d2793dga.pdf>

- sichere Schulwege durch Tempo-30-Bereiche und Fußgängerüberwege und Tempo-30-Bereiche vor Krankenhäusern und Pflegeheimen
- mehr Winterdienst auch auf Rad- und Gehwegen

4.6 Entkriminalisierung des Drogenkonsums und Zurückdrängung der Beschaffungskriminalität

Der Umgang mit sogenannten illegalen Drogen bewegt nach wie vor viele Menschen in unserer Stadt. Das Thema wird vor allem von konservativen Kräften missbraucht, um Betroffene zu kriminalisieren, anstatt Hilfebedürftige, einschließlich Alkohol- und andere Suchtabhängige, zu unterstützen.

Wir setzen uns ein für:

- einen sachgerechten Umgang mit diesem Thema durch fundierte Analysen mit wissenschaftlicher Begleitung;
- den Ausbau des Netzes der Suchtprävention u.a. mit der Jugend- und Drogenberatungsstelle Drobs Halle²⁶ und der Suchtberatungsstelle Halle²⁷
- die Unterstützung von Hilfe- und Beratungsinitiativen, darunter jenen mit niederschweligen Angeboten;
- die konsequente Umsetzung des Jugendschutzgesetzes in Halle²⁸ u.a. durch Ordnungs- und Jugendamt und
- die Begleitung von Menschen nach Entwöhnungsbehandlungen bei der Suche nach Wohnraum und Arbeit²⁹.

Die Einrichtung von Alkoholverbotzonen lehnt DIE LINKE ab.

Diese Leitlinien wurden vom Stadtvorstand DIE LINKE. Halle am 23.10.2018 beschlossen.

²⁶ <https://drobs-halle.de/angebote/praevention/>

²⁷ <https://www.awo-halle-merseburg.de/angebote/beratung-und-unterstuetzung/suchtberatung/>

²⁸ <https://ms.sachsen-anhalt.de/themen/familie/familienratgeber/familie-mit-schulkindern/recht-und-beratung/jugendschutz/>

²⁹ <http://www.ls-suchtfraegen-lsa.de/suchthilfewegweiser/?einrichtungfilter=&landkreisfilter=74&submit=Suchen#wegweiser>

www.dielinke-halle.de